

Lohrenscheit, Claudia; Schüssler, Renate

Bildung, Kommunikation und kollektive Interessen im Diskurs über den informellen Sektor

ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 21 (1998) 1, S. 24-30



Quellenangabe/ Reference:

Lohrenscheit, Claudia; Schüssler, Renate: Bildung, Kommunikation und kollektive Interessen im Diskurs über den informellen Sektor - In: ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 21 (1998) 1, S. 24-30 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-62960 - DOI: 10.25656/01:6296

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-62960>

<https://doi.org/10.25656/01:6296>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Informationszentrum (IZ) Bildung

E-Mail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Arbeiten und Lernen im informellen Sektor

Aus dem Inhalt:

- Allgemeine Kompetenzen
im städtischen informellen Sektor
- Erwachsenenbildung im
informellen Sektor in den
Ländern des Südens
- Bildung, Kommunikation
und kollektive Interessen
im Diskurs über den
informellen Sektor
- Kooperationsmodell
Schulberatungsstelle
Globales Lernen/Eine Welt
in Hessen



Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

21. Jahrgang März **1** 1998 ISSN 1434-4688D

| | | |
|---|-----------|---|
| Sigrid Görgens | 2 | Ausbildung für einen „neuen“ Arbeitsmarkt - Lernen für den informellen Sektor in der Bundesrepublik Deutschland |
| Wolfgang Karcher/ Bernd Overwien | 8 | Zur Bedeutung allgemeiner Kompetenzen im städtischen informellen Sektor und Bedingungen für ihren Erwerb |
| Gregor Lang-Wojtasik | 15 | Bildung im informellen Sektor Indiens |
| Arbeitsgruppe ALIMA | 19 | Beschäftigungsorientierte Erwachsenenbildung im informellen Sektor in den Ländern des Südens |
| Claudia Lohrenscheit/ Renate Schüssler | 24 | Bildung, Kommunikation und kollektive Interessen im Diskurs über den informellen Sektor |
| Portrait | 31 | Kooperationsmodell Schulberatungsstelle Globales lernen/Eine Welt in Hessen |
| BDW | 32 | Ralf Streicher: Zwischen Intuition und Systematik |
| BDW | 33 | Nachrichten |
| BDW | 35 | Helga Unger-Heitsch: Ethnopedagogik '98 |
| Glosse | 38 | Meine Verwunderung - Kritische Anmerkungen zum Internet |
| Sammelrezension | 41 | Jahrbücher |
| | 42 | Rezensionen |
| | 44 | Informationen |

Impressum: ZEP - Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 21.Jg 1998 Heft 1. Herausgeber: Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V.. Schriftleitung: Alfred K. Tremel Redaktionsanschrift: 21521 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführung: Dr. Annette Scheunpflug, Tel. 040/6541-2565 Technische Redaktion: Dr. Arno Schöppe, Tel.: 040/6541-2921. Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Hans Bühler, Weingarten; Prof.Dr. Asit Datta, Hannover; Prof.Dr. Hans Gängler, Leipzig; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dr. Ulrich Klemm, Ulm; Prof. Dr. Renate Nestvogel, Essen; Prof.Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Dr. Annette Scheunpflug, Hamburg; Dr. Klaus Seitz, Nellingsheim; Barbara Toepfer, Marburg; Prof.Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg; Kolumnen: Christian Graf-Zumsteg (Schweiz); Barbara Toepfer (ZEP-pelin), Dr.Klaus Seitz (Bildungspolitischer Kommentar). Technische Bearbeitung/EDV: Sigrid Görgens. Verantwortlich i.S.d.P.: Der geschäftsführende Herausgeber. Abbildungen: (Falls nicht bezeichnet) Privatfotos oder Illustrationen der Autoren. Titelbild: © Wulf Schmidt-Wulffen. Diese Publikation ist gefördert vom Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik, Stuttgart. Das Heft ist auf umweltfreundlichem chlorfreiem Papier gedruckt.

Anmerkung: Generische Maskulina und Feminina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich: Jahresabonnement DM 36,- Einzelheft DM 9,50; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlag: Verlag für Interkulturelle Kommunikation (IKO), Postfach 90 04 21, 60444 Frankfurt/ Main, Tel.: 069/784808; ISSN 1434-4688 D

Claudia Lohrenscheit und Renate Schüssler

Bildung, Kommunikation und kollektive Interessen im Diskurs über den informellen Sektor

Das starke Anwachsen des informellen Sektors fällt direkt mit der Politik der Deregulierung und der Neoliberalisierung der Wirtschaft zusammen. Der Zusammenhang zwischen globalen Prozessen und Strukturen und informellem Sektor sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich globale Entwicklungen auf der regionalen und lokalen Ebene sehr unterschiedlich auswirken. Um der weltweiten Marginalisierung und der Informalisierung von Arbeit entgegenzuwirken, brauchen wir Strategien, die sowohl die Makroebene - die weltweiten ökonomischen Strukturen - als auch ihre Erscheinungsform auf der lokalen Ebene als einen entscheidenden Schwerpunkt behandeln. Dieser Artikel stellt anhand von Beispielen aus Südafrika und Nicaragua kollektive Strategien vor. Die Autorinnen versuchen, sie mit Anforderungen an die internationale Bildungs- und Entwicklungszusammenarbeit zu koppeln.

Seit seiner 'Entdeckung' in den 70er Jahren ist der informelle Sektor mit verschiedensten Definitionen und Perspektiven belegt worden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sieht in ihm ungenutztes Wirtschaftspotential und erhebliche Beschäftigungsreserven. Andere Positionen betonen dagegen eher das Potential für eine neue Wirtschaftsordnung, und wieder andere halten den informellen Sektor lediglich für ein Übergangsstadium, in dem sich jedoch kaum Ansätze für ein alternatives Entwicklungsmodell finden werden. Wegen der erheblichen Unterschiede ist eine einheitliche Definition nach wie vor schwierig. Zum informellen Sektor zählen sowohl langjährige Betriebe mit fest angestellten MitarbeiterInnen als auch Ein-Personen-Betriebe, die über die Erwirtschaftung des reinen Existenzminimums kaum hinausgehen. Als wichtige, wiederkehrende Kennzeichen gelten die fehlende Absicherung der Arbeitsverhältnisse durch Arbeits- und Sozialgesetzgebungen, die hohe Gesamtarbeitszeit von bis zu 18 Stunden täglich sowie die große Bedeutung von personalisierten Geschäfts-

beziehungen und Familienarbeit, insbesondere der Frauen- und Kinderarbeit. Die International Labour Organisation (ILO) und der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) schätzen, daß heute ca. 500 Mio Menschen, d.h. etwa ein Viertel der Welterwerbsbevölkerung im informellen Sektor arbeiten. Hinzu kommt außerdem die unbezahlte Haus- und Familienarbeit sowie die ländliche Subsistenzarbeit, die in die ökonomischen Gesamtrechnungen gar nicht oder nur zu einem geringen Teil miteinbezogen wird. Dementsprechend umfaßt der formelle Sektor mit gesetzlich regulierten und geschützten Arbeitsverhältnissen nur einen geringen Teil aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit, und die sozialen sowie ökonomischen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung und der Gewerkschaften werden nach und nach rückgängig gemacht. Immer mehr gesicherte und rechtlich geschützte Arbeitsplätze werden abgebaut, während die ungeschützten weiter zunehmen. Bezahlte Arbeit wird schlechter entlohnt und unbezahlte Arbeit wächst weiter an.

Die Grenzen zwischen formellem und informellem Sektor sind fließend und beide Sektoren eng miteinander verflochten. Multinationale Konzerne lassen ihre Produkte zunehmend in Weltmarktfabriken, den maquiladoras, und Niedriglohnverhältnissen anfertigen - Image und Herkunft einer Marke sagen kaum etwas über die Produktionsweise, die Herstellungsbedingungen oder die sozialen Standards der ArbeiterInnen aus. Ohne die Arbeit im informellen Sektor sowie die unbezahlte Familien- und Subsistenzarbeit wäre der formelle Sektor zum Teil funktionsunfähig. Das weltweite Phänomen einer zunehmenden Informalisierung von Arbeit drängt nicht nur breite Massen - insbesondere Frauen - ins gesellschaftliche Abseits. Durch diese Verteilung und Bewertung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit manifestiert sich zudem erneut die patriarchal geprägte, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Weltweit stehen Frauen am untersten Ende der Hierarchie.

Das starke Anwachsen des informellen Sektors fällt direkt mit der Politik der Deregulierung und der Neoliberalisierung der Wirtschaft zusammen, die sich seit dem endgültigen Scheitern der 'sozialistischen Alternative' und dem Ende der Ost-West-Block-Konfrontation mehr und mehr als globales System etabliert. Durch die rasante Beschleunigung des technischen Fortschritts wie auch der Automatisierungs- und Rationalisierungsprozesse wird diese Entwicklung noch forciert. Der Zusammenhang zwischen globalen Prozessen und Strukturen und informellem Sektor sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich globale Entwicklungen auf der regionalen und lokalen Ebene sehr unterschiedlich auswirken. Um der weltweiten Marginalisierung und der Informalisierung von Arbeit entgegenzuwirken, brauchen wir Strategien, die sowohl die Makroebene - die weltweiten ökonomischen Strukturen - als auch ihre Erscheinungsform auf der lokalen Ebene als einen entscheidenden Schwerpunkt behandeln. In diesem Artikel soll deswegen eine Annäherung an den informellen Sektor nicht allein auf der produktiven Ebene erfolgen, sondern in der Suche nach den kollektiven Strategien der Menschen im Kampf um Arbeit und menschenwürdige Lebensverhältnisse.

Zwei Beispiele aus Südafrika: Die Frauengewerkschaft SEWU und die Bewegung der Armen (MOP)

Die populären Massenmedien beschränken ihre aktuelle Berichterstattung aus Südafrika zumeist auf Meldungen über ausufernde Konflikte und Gewalt in den Großstädten oder aber auf die Arbeit der Wahrheitskommission, zumal hier spektakuläre Fälle wie der Fall Winnie Mandikizela Mandelas bearbeitet werden. Es ist einsichtig, daß die Überwindung der Folgen und tiefverwurzelten Strukturen der Apartheid ein über mehrere Generationen greifender Prozeß sein wird, der ein Lernen und Umdenken in allen Bereichen erfordert. Eine zentrale Rolle bei der Überwindung der sozio-ökonomischen Apartheid nimmt der Bereich von Arbeit und Beschäftigung ein. 40 % der Bevölkerung Südafrikas leben derzeit unterhalb der Armutsgrenze; fast 95 % der Armen sind Schwarze, davon zwei Drittel Frauen.

Der Anteil der südafrikanischen Frauen am informellen Sektor wird auf etwa 60 % geschätzt. Nur wenige von ihnen haben Zugang zu Sozialleistungen sowie zu Bildung und Ausbildung, die den Weg in ein geschütztes Arbeitsverhältnis öffnen. Ihre Interessen werden bislang nur sehr wenig berücksichtigt.

Die südafrikanische Frauengewerkschaft SEWU

Die SEWU (*Self Employed Women's Union*) - eine Gewerkschaft ausschließlich für Frauen aus dem informellen Sektor - wurde 1994 in Durban, Südafrika gegründet. Sie organisiert Beschäftigte, die traditionell als nicht oder nur schwer organisierbar galten, sowie Straßenverkäuferinnen und fliegende Händlerinnen, Heimarbeiterinnen, Friseurinnen und Prostituierte. In der Bundesrepublik wird die SEWU vor allem bekannt gemacht durch das Afrika Süd Aktions-Bündnis (AAB) in Bonn, das als Kooperationspartner die Arbeit der Frauengewerkschaft unterstützt (vgl. AAB [Hrsg.] Bonn, 1996).

Seit den ersten Aktivitäten umfaßt die SEWU in Durban mittlerweile 1.500 Mitfrauen. Die Gründerin, Pat Horn, organisiert zur Zeit den Aufbau nationaler Strukturen und knüpft Kontakte zu den regionalen Nachbarländern, mit dem Ziel der Vernetzung in einem Gewerkschaftsdachverband. Zu diesem Zweck richtete SEWU im November 1995 einen Workshop für Frauen aus Malawi, Mozambique, Namibia, Swaziland, Tanzania, Zambia und Zimbabwe aus. Sie ist außerdem eingebunden in ein internationales Netzwerk. Zum indischen Vorbild, der Schwesterngewerkschaft SEWA, in der mittlerweile über 100.000 Frauen organisiert sind, bestehen gute Kontakte und reger Austausch. Derzeit wird die Arbeit der SEWU noch finanziell durch europäische Gewerkschaften sowie kanadische und US-amerikanische Organisationen unterstützt, auf Dauer soll sie sich jedoch selbst tragen und ohne finanzielle Hilfe von außen agieren können. Die Gewerkschaftsfrauen zahlen einen einmaligen Aufnahmebeitrag sowie einen monatlichen Mitgliedsbeitrag - entsprechend ihres niedrigen Einkommens.

Ganz bewußt wendet sich die SEWU an diejenigen, die am Ende der Skala der im informellen Sektor Tätigen stehen. In den vergangenen vier Jahren wurde ein breites Unterstützungs-, Bildungs- und Qualifizierungsangebot ent-

wickelt, daß auf Empowerment, die Ermächtigung der Frauen und die Stärkung von Selbstbewußtsein und Handlungskompetenz abzielt. Das Angebot beinhaltet:

- Öffentlichkeitsarbeit über die Arbeits- und Lebensbedingungen im informellen Sektor,
- Qualifizierung für Führungsaufgaben (negotiating and lobbying skills), wie etwa für die Verhandlungen mit Stadt-

Lección 10

Observemos, analicemos y conversemos



mujeres

räten über bessere Arbeitsbedingungen: Dächer für Verkaufsstände, öffentliche Toiletten, Lagerräume, Wasserstellen etc.,

- Entwicklung und Förderung von Handlungskompetenz (z.B. im Umgang mit Behörden oder in der Organisation des Alltags [Kinderbetreuung etc.]),
- Aus- und Fortbildung (auch in eher 'untypischen' Frauenberufen),
- Sprachkurse,
- Politische Bildung z.B. über Frauen-, Menschen- und soziale Rechte,
- Zugang zu Krediten, Sozialleistungen wie z.B. Gesundheitsversorgung, Altersversorgung etc. und Beratung; Gründung einer eigenen Spar- und Kreditgenossenschaft (SACO),
- Rechtsberatung und Rechtsbeistand,
- Beratung und Beistand für Opfer von Gewalt und sexuellem Mißbrauch sowie präventive Arbeit (z.B. durch Selbstverteidigungskurse),
- Seminare zu aktuellen, relevanten Themen und Inhalten, die die Frauen selbst bestimmen (mit Kinderbetreuung und finanziellem Ausgleich des Verdienstaufschlags, was den Frauen eine Teilnahme an den Programmen oft überhaupt erst ermöglicht).

Mit ihrem Programm tritt die Frauengewerkschaft einer dauerhaften Marginalisierung am Rande des Existenzminimums entgegen. Ihre unmittelbaren Ziele beziehen sich auf die Anerkennung, die Absicherung und Qualifizierung der Arbeit von Frauen. Auf lange Sicht kämpft die SEWU für die Aufhebung der patriarchalen Strukturen in allen Bereichen von Arbeit und Beschäftigung inklusive der unbezahlten Haus- und Familienarbeit und für eine gerechte Bewertung und Verteilung von allen Bereichen der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Die Arbeit der Frauen beruht auf basisdemokratischen Prinzipien und trägt zum Abbau von Rassismus, wirtschaftlicher Ausbeutung und Sexismus in Südafrika bei. Ihre Konzepte und Methoden können nicht nur für die Länder des Südens, sondern auch für die hoch technisierten und industrialisierten Länder des Nordens Vorbildcharakter haben und wichtige Ansatzpunkte liefern.

Die Bewegung der Armen - Movement of the Poor

Unter dem Motto „*The Poor shall not live by bread alone*“ fand im Oktober 1996 in Kapstadt (RSA) der Kongreß des *Movement of the Poor* (MOP) statt. In diesem Forum trafen sich AktivistInnen aus christlichen und anderen Basisgruppen, der Befreiungsbewegung, aus zahlreichen Projekten, die in den Townships arbeiten sowie VertreterInnen aus NGOs und den Universitäten. Die Themen des Kongresses waren breit gefächert und spiegelten Hauptprobleme und Interessen der TeilnehmerInnen wider, angefangen bei einer Beschäftigungspolitik für die Bevölkerungsmehrheit, die außerhalb der kapitalistischen Produktion und Lohnarbeit steht, über die Verbrechensbekämpfung in den Townships, Landverteilung und Landrechtsfragen im Interesse der Armen, bis hin zu Themen der Gesundheitspolitik, der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, bildungspolitischen Forderungen und konkreten Gesetzesforderungen. Der Kongreß des MOP beschränkte sich jedoch nicht auf das Sammeln und Analysieren aktueller Mißstände, sondern befaßte sich mit den konkreten Utopien und Visionen eines besseren Lebens und der Formulierung weitgehender Forderungen an die Regierung, zur Verbesserung der rechtlichen und sozio-ökonomischen Situation. Am Ende des Kongresses wurde ein Aktionsplan verabschiedet, in dem die BewohnerInnen der Townships ankündigen, daß sie Forderungen an den Staat durchsetzen werden und dazu koordinierte Aktionen planen. Zentrales Thema ist in diesem Zusammenhang die Überwindung der sozio-ökonomischen Apartheid in den Bereichen von Arbeit und Beschäftigung. Hierzu wurde ein neuer Begriff von Arbeit entwickelt: „Arbeit als die bezahlte, beziehungsweise entlohnte oder vergütete Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse“ (Mergner 1997, 237).

Feministische Volkserziehung im Frauenkollektiv Matagalpa, Nicaragua

Während die sandinistische Revolution in Nicaragua Frauen zwar in erheblichem Maße mobilisiert hatte, ihnen allerdings den Zugang zu Entscheidungsgremien mehrheitlich verwehrte, zielt die Gesellschaftspolitik seit dem Regierungswechsel von 1990 wieder auf eine massive Zurückdrängung von Frauen an Heim und Herd ab. Für eine der bekanntesten

Feministinnen Nicaraguas, Maria Teresa Blandón, bedeutet die Politik in den 90er Jahren in vieler Hinsicht einen Rückschritt: „Die Frauenarbeitslosigkeit ist auf über 70 % gestiegen; Kindertagesstätten wurden vielfach geschlossen, ebenso Gesundheits- und Bildungsprogramme für Frauen; alte und neue Kommunikationsmedien kehren zu ihrer früheren Praxis zurück, den weiblichen Körper zu vermarkten; in ihrem religiösen Diskurs wie in Unterrichtstexten verkündet die Kirchenhierarchie unisono mit denjenigen, die inzwischen im Erziehungswesen das Sagen haben, eine konservative, heuchlerische und diskriminierende Moral, die bezweckt, Frauen auf ihre traditionelle Rolle als Mutter, Ehefrau und dem Mann gefälligen Schönheitsartikel zurückzudrängen“ (Blandón 1992, 144).

Frauen werden in vielfältiger Weise politisch, gesellschaftlich, rechtlich und privat diskriminiert. In Nicaragua wird die Verschlechterung makro-ökonomischer Daten als Folgen von Schuldenkrise, Strukturanpassungsmaßnahmen und wirtschaftlicher Deregulierung vor allem auf ihrem Rücken ausgetragen: 1993 waren 41 % der armen Haushaltsvorstände weiblich (vgl. Vargas 1993, 233). Die Fertilitätsziffer der Frauen liegt bei 5,9, das Bevölkerungswachstum bei hohen 3,9 % (vgl. Rausch 1993, 350). Die allgemeine AnalphabetInnenquote ist wieder auf 30 % angestiegen, wobei der Anteil von Frauen und der Landbevölkerung deutlich höher liegt.

Im Widerstand zu den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen hat sich eine vielfältige Frauenbewegung entwickelt, die zur Zeit wohl die dynamischste gesellschaftliche Gegenbewegung bildet. Ein Beispiel feministischer Ausrichtung ist das Frauenkollektiv Matagalpa, dem es neben der Bewältigung konkreter Probleme vor allem um die Veränderung diskriminierender Strukturen geht. Es wurde im Jahr 1989 als politisch unabhängige Organisation gegründet. Zentrales Thema sind die unterdrückerischen Lebenszusammenhänge, in denen sich die Mehrzahl der nicaraguanischen Frauen befindet. Diese werden in erster Linie durch ihre soziale Herkunft und ihre Geschlechtszugehörigkeit determiniert bzw. begründet und führen zu verschiedenen Unterdrückungsmechanismen wie der Anwendung von sexueller Gewalt, Benachteiligungen in der Arbeitswelt, Mehrfachbelastungen durch die alleinige Versorgung von Kindern, etc.

Die Arbeit des Kollektivs verläuft auf zwei Ebenen: auf der strategischen zur Veränderung des Bewußtseins und zur Bekämpfung ungerechter, durch Politik, Gesetzgebung und Gesellschaft festgeschriebener Strukturen, und auf der praktischen zur Lösung konkreter Mißstände wie z.B. der psychologischen und rechtlichen Unterstützung bei Gewalterfahrungen. Aus der Vielzahl von Arbeitsformen seien exemplarisch genannt: ein eigenes Radioprogramm und eine Theatergruppe, ein reichhaltiges Dokumentationszentrum, die Arbeit in verschiedenen nationalen und internationalen Frauennetzwerken, die Fortbildung und Betreuung von, bzw. die Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen wie Hebammen, Krankenschwestern, Landfrauen, Sexualarbeiterinnen und Lehrerinnen. Anfang der 90er Jahre konzipierte das Frauenkollektiv in einem bemerkenswerten dreijährigen Modellvorhaben ein feministisches Alphabetisie-

rungs- und Fortbildungsprojekt mit informell arbeitenden Hebammen der Region, den sogenannten „Hebammen aus Erfahrung“. Ausgehend von Paulo Freires befreiender Pädagogik wurde der ihr zugrundeliegende Unterdrückungsansatz um die Dimension der Geschlechtszugehörigkeit erweitert. Das Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen wurde verknüpft mit der Entdeckung der eigenen Geschichte als Frau und als Nicaraguanerin, mit dem Brechen der internalisierten „Kultur des Schweigens“, mit der Reflexion über unterschiedliche Benachteiligungen und Unterdrückungsmechanismen, mit Bewußtseinsarbeit, mit sexueller Aufklärung und mit der Fort- bzw. Weiterbildung auf dem Gesundheitssektor zur Verbesserung der beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten.

Die Hebammen, die in ihrem Arbeits- und Lebensumfeld zentrale Persönlichkeiten darstellen, sollen als Multiplikatorinnen fungieren und ihre Kompetenzen und Sichtweisen durch die Schaffung und den Ausbau lokaler Strukturen und die Organisation von Veranstaltungen an die Frauen ihres Einzugsgebietes weitergeben. Somit führt diese dezidiert emanzipatorische Alphabetisierungsarbeit einerseits zur Erweiterung der fachlichen Kompetenzen der Hebammen und zu einer verbesserten Gesundheitsbetreuung in den betroffenen Regionen. Andererseits werden zur Sicherung der Nachhaltigkeit der begonnenen Bewußtseins- und Aufklärungsarbeit in verschiedenen Landgemeinden Versammlungsräume gebaut bzw. bestehende Räume für regelmäßige Treffen von Frauengruppen unter Leitung der Hebammen und Mitarbeiterinnen des Frauenkollektivs genutzt. Im Schneeballsystem erweitern sich somit die Möglichkeiten für Frauen, sich unabhängig zu organisieren und sich über zentrale Themen wie Gesundheit, Gewalt, Diskriminierung, Bildung, Arbeit, die gesellschaftliche Stellung von Frauen, ihr Selbstkonzept etc. auszutauschen.

Bildungskonzepte im unmittelbaren Lebensumfeld

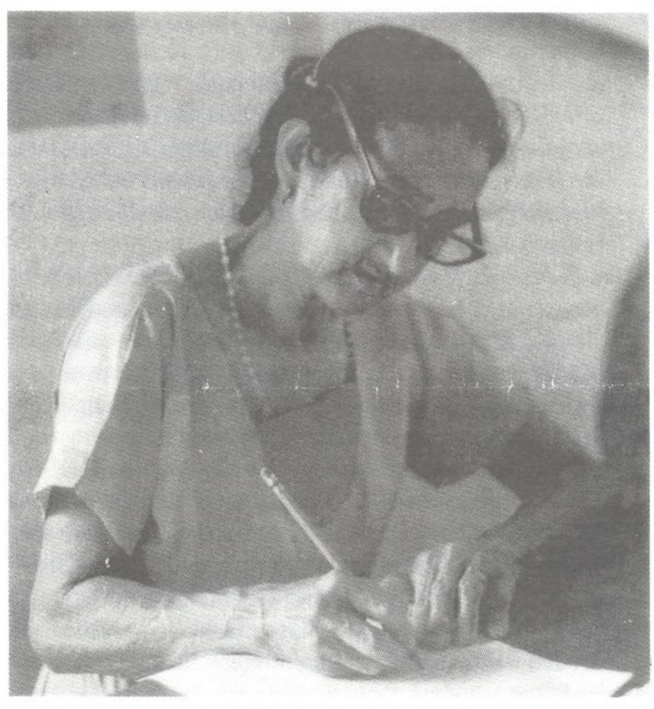
Die hier aufgeführten Beispiele spiegeln nur einen kleinen Teil der vielfältigen Strategien wider, die an die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Menschen geknüpft sind. Im informellen Sektor der Länder des Südens finden sich zahlreiche ökonomische und soziale Organisationsformen, die auf traditionellen, aber auch auf neuen Formen der Solidarität und Zusammenarbeit basieren. Dazu gehören neben so politisch arbeitenden Organisationen wie der SEWU oder dem Frauenkollektiv Matagalpa außerdem zahlreiche Selbsthilfeinitiativen und Netze gemeinschaftlicher Solidarität (Ketten) zwischen Verwandten und NachbarInnen sowie Initiativen, die Aufgaben übernehmen, denen der Staat nicht mehr nachkommt wie z.B. infrastrukturelle Maßnahmen oder Aktivitäten im Bildungs- und Gesundheitsbereich etc. Diese Formen der gemeinschaftlichen Kommunikation, Aktion und Interessensvertretung setzen an den unmittelbaren Lebensumständen und Bedürfnissen der Basis an. Im Mittelpunkt steht dabei zunächst die Entwicklung eigener Bildungsstrategien und -konzepte, die sich auf die vorhandenen Kenntnisse und Kompetenzen der AdressatInnen beziehen und ihr direktes Lebensumfeld miteinschließen. Sie dienen:

- der Verbesserung der Kommunikationsstrukturen,

- der Verbreitung und Veröffentlichung von Informationen,
- der Bewußtseinsentwicklung,
- der Erweiterung des Wissens (z.B. über die Menschenrechte),
- der Ermächtigung und dem Herausbilden von Führungsqualitäten sowie der Vertretung von Interessen nach außen und
- der Vermittlung von allgemeinen, beruflichen und handlungsorientierten Kompetenzen mit direktem Bezug zur Lebenswirklichkeit der AkteurInnen.

Dabei werden die in diesem Zusammenhang entworfenen Bildungskonzepte nicht immer wieder neu erfunden. Sie greifen zum Teil auf traditionelle Lernformen zurück, binden Erfahrungen mit Ansätzen aus früheren Bewegungen mit ein (wie z.B. *educación popular* oder *education for liberation*) und entwerfen neue, phantasievolle und an den Lebenskontext angepaßte Methoden, unter Einbeziehung der vorhandenen Kompetenzen und mit Rückgriff (falls möglich) auf Ressourcen von außen. Eine Erwachsenenbildung in dieser Form und Anbindung basiert auf basisdemokratischen Methoden und bezieht alle beteiligten Gruppen und AkteurInnen von Anfang an mit ein.

Cartilla de alfabetización para mujeres



"Con nuestras propias palabras"

Kollektive Strategien

Kollektive Interessenszusammenschlüsse, wie die hier vorgestellten, konstituieren sich über das Erkennen und Deuten einer Situation, die als unzulänglich, untragbar oder un(ge)recht empfunden wird. Es bilden sich Interessenszusammenschlüsse, in denen über die eigene Erfahrung ge-

sellschaftlicher Mißstände kommuniziert und auf deren Basis eine gemeinsame Analyse des Problems erarbeitet wird (vgl. Rucht 1995, 11). Verschiedene Interpretationen und Handlungsmuster entwickeln und vernetzen sich, mit dem Ziel gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen, die sich sowohl spontan und kurzfristig auf die Durchsetzung unmittelbarer Bedürfnisse, wie beispielsweise den Bau eines neuen Krankenhauses oder die 'Instandbesetzung' von leerstehendem Wohnraum richten können, als auch auf solche, die auf Dauer angelegt sind und - theoriegeleitet - umfassende Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse anstreben (wie z.B. die südafrikanische SEWU, die ArbeiterInnenbewegung oder die ökologische Bewegung). Grundlage für die Planung und Durchsetzung von Handlungsstrategien ist ein gemeinsam ausgehandelter Kompromiß, in dem nicht mehr die einzelnen, spezifischen Anliegen im Vordergrund stehen, sondern die im Verhandlungsprozeß ausgearbeiteten Bedürfnisse der Gemeinschaft.

Innerhalb der Gesellschaft organisiert sich der soziale Raum und verteilen sich Macht und Handlungskompetenz auf staatliche und wirtschaftliche Instrumente (Parteien, Behörden, Institutionen, Verbände etc.) und nichtstaatliche, zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen wie z.B. Umweltbewegungen und Frauenbewegungen, (vgl. König 1994, 20 f.) zunehmend aber auch auf Informations- und Kommunikationsnetzwerke. Wie oben beschrieben, lassen sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Globalisierungswelle zunehmend Veränderungen in diesem Kräftefeld beobachten. Während die staatliche Gestaltungsmacht abnimmt, nimmt der Einfluß der Wirtschaft und ihrer Interessensvertretungen deutlich zu. Die Gesetze des Marktes bestimmen verstärkt soziales und politisches Handeln, die Wirtschaft befreit sich von staatlicher Kontrolle und Regelungskraft und entkoppelt sich zunehmend von sozialen Ausgleichsmechanismen. In der Bundesrepublik läßt sich diese Entwicklung beispielsweise an der aktuellen Diskussion über hohe Arbeitslosenzahlen und mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten für junge Erwachsene ablesen. Auf soziale Forderungen wird mit den Argumenten vom 'Standort Deutschland' und von 'flexibler Arbeitskraft' reagiert. Sie haben sich dem notwendigen, scheinbar unausweichlichen Fitmachen für Weltmarkt und internationalen Wettbewerb unterzuordnen. Die Konsequenz aus dieser Entwicklung ist eine neue soziale Differenzierung innerhalb der Gesellschaften und die 'Produktion' von 'strukturell Überflüssigen' (Baumann 1997), d.h. von Menschen, die aus dem gesellschaftlichen Verwertungsprozeß herausfallen, deren Arbeits-/ Produktivkräfte nicht mehr benötigt werden und die deshalb auf staatliche Leistungen zur Existenzsicherung (soweit vorhanden) angewiesen sind oder sich ihren Lebensunterhalt durch informelle Arbeiten o.ä. sichern müssen. Vor diesem Hintergrund kommt den Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Instanzen, Nicht-Regierungs-Organisationen und den Bewegungen der Armen eine wachsende Bedeutung zu - nicht um den Staat weitergehend aus seiner Verantwortung zu entlassen, sondern um Mißstände zu analysieren und kollektive Strategien zu ihrer Behebung zu entwickeln, die dann im Dialog mit staatlichen Interessensvertretungen oder in Opposition zu ihnen durchzusetzen sind.

Auch aus historischer Perspektive läßt sich die bedeutende Rolle und Funktion kollektiver Interessensvertretungen für demokratische gesellschaftliche Errungenschaften und für die Gestaltung der gesellschaftlichen Räume herleiten; bestes Beispiel ist hier die ArbeiterInnenbewegung, die eine tragende Rolle bei der Verbesserung der sozialen- und Arbeitssituation der Bevölkerungsmehrheiten in zahlreichen Ländern dieser Welt hatte und heute immer noch hat. Differenzierte Formen und Ausdrucksweisen von kollektiven Strategien, die sich zum Teil überschneiden, zum Teil nebeneinander existieren oder vernetzt sind, lassen sich manchmal nur schwer eindeutigen Definitionen zuordnen. Der von Antonio Gramsci geprägte Begriff der Zivilgesellschaft kann z.B. sowohl zur Beschreibung von staatstragenden Institutionen als auch von autonomen Organisationen, die sich gegen den Staat stellen, verwendet werden. Eine ähnliche Vielschichtigkeit beinhaltet auch der Begriff von sozialen Bewegungen. Sie vertreten nicht immer Interessen im Sinne der herrschenden Staatsideologie oder mit breitem gesellschaftlichen Konsens, sondern gerade auch solche, die sich 'nur' auf die Bedürfnisse von kleineren Minderheiten beziehen. Hier ist eine genaue Differenzierung und Abgrenzung z.B. von rechtsradikalen oder frauenfeindlichen Gruppierungen notwendig. In diesem Bereich besteht ferner Forschungsbedarf.

Für die Nicht-Regierungs-Organisationen kristallisiert sich eine Unterteilung in unterschiedliche Formen und Institutionalisierungsstufen heraus, die jeweils mit dem Grad der Anbindung an Basisgruppen oder an staatliche Institutionen und Geldgeber korrelieren - sie werden dementsprechend als NGOs, Quangos (*Quasi-Non-Governmental Organisations*), GONGOS (*Governmental-Non-Governmental Organisations*) etc. bezeichnet. Kollektive Strategien können sich demnach in sehr unterschiedlichen Formen zeigen und auf verschiedenen Motivationen beruhen. Allen gemeinsam ist jedoch das öffentliche Eintreten für Interessen, die von den gewählten VertreterInnen nicht oder nicht mehr abgedeckt werden. Für diesen Zusammenhang ist eine genaue Zuordnung zu Begriffen wie 'Zivilgesellschaft' oder 'soziale Bewegung' nicht erforderlich, denn die Strategien selbst, die ihnen zugrundeliegenden Analysen sowie die angestrebte Umsetzung von Lösungsstrategien stehen hier im Mittelpunkt.

Vielfach existieren einzelne Organisationen nicht mehr isoliert voneinander, sondern sind auf lokaler Ebene vernetzt. Es entstehen somit Kommunikationsfreiräume, die sich im weiteren Verlauf zu oppositionellen Aktionszusammenhängen entwickeln können. Vereinzelt lassen sich auch Versuche einer internationalen Solidarität und Kooperation feststellen, in denen auch die neuen Kommunikationstechnologien für Solidaritätsbekundungen oder zur Verbreitung von Informationen und Schaffung einer Gegenöffentlichkeit ihre Anwendung finden, wenn auch bislang diese Formen wegen ihrer schwachen Relevanz nicht überbewertet werden dürfen. Ein gutes Beispiel ist hier die internationale Kommunikation und Solidarität mit dem Kampf um Land und bessere Lebensbedingungen in Mexico/Chiapas, die dieses Jahr die 'intergalaktische' Konferenz gegen den Neoliberalismus in Berlin organisierte.

Entgegen der weitverbreiteten Meinung, daß das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger abnimmt, läßt sich heute ein anwachsendes Engagement in Interessenszusammenschlüssen (BürgerInneninitiativen, sozialen und religiösen Bewegungen etc.) beobachten. Dies gilt nicht nur für die Länder des Südens sondern auch für die Industrieländer, in denen häufig die Politikverdrossenheit und 'Vogel-Strauß-Mentalität' der Menschen betont wird. Nicht nur die Zahl der Menschen, die sich in sozialen und politischen Zusammenschlüssen organisieren, ist in den letzten zwei Jahrzehnten angestiegen, sondern auch ihre phantasievollen und innovativen Konzepte und Aktionsformen.

Konsequenzen und Ausblick

Im Rahmen einer Förderung und Erforschung des informellen Sektors sowie der Kommunikation und Kooperation mit den in ihm Tätigen müssen Vorschläge für die Absicherung von Arbeitsverhältnissen und die Überwindung der benachteiligenden und marginalisierenden Strukturen erarbeitet werden. Eine Förderung der Kleinstbetriebe im informellen Sektor durch leichteren Zugang zu Krediten, durch technische Weiterentwicklung, *skill training* oder Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation, erreicht letztlich nur einen kleinen Teil der informell Beschäftigten und greift kaum an die Wurzeln des Problems. Sie kann überdies auch genau gegenteilige Effekte hervorrufen, wenn durch diese Förderung Arbeitsplätze im formellen Sektor weiter abgebaut und keine Veränderungen der schlechten Arbeitsbedingungen erreicht werden. Im ungünstigsten Fall werden die Probleme von einem Sektor in den anderen verschoben, während makro-ökonomische Strukturen unangetastet bleiben.

Alle drei Beispiele in diesem Artikel behandeln das Thema Arbeit sowie die Bedingungen und Strukturen von Arbeitsverhältnissen als zentralen Aspekt. SEWU kämpft für die Aufhebung der patriarchalen Strukturen in allen Bereichen von Arbeit und Beschäftigung. Das Frauenkollektiv Matagalpa setzt sich für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der informell arbeitenden Hebammen und der Frauen ihres Einzugsgebietes ein. Der Kongreß des MOP entwickelte einen neuen Begriff von Arbeit als bezahlte Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse. Die Verteilung und Bewertung von Arbeit sowie die Gestaltung von Arbeitsprozessen prägen wesentlich das Gesicht menschlicher Gesellschaften. Arbeit erfüllt außer der Funktion der Absicherung der Lebensverhältnisse vor allem auch die der individuellen und gemeinschaftlichen Sinnstiftung. Sie ist ein Instrument für die Entwicklung gesellschaftlicher und kultureller Werte.

Ein menschenwürdiges Leben außerhalb der Lohnarbeit wird zunehmend unmöglich, da sich der öffentliche und gesellschaftliche Wert des Menschen, sein/ihr Anrecht auf ein würdevolles Leben, zum größten Teil über Arbeit herstellt. Das neoliberale Wirtschaftssystem hat der weltweiten Informalisierung und Entwertung von Arbeitsprozessen nichts entgegenzusetzen. „In den Ländern der sogenannten Dritten Welt sind die katastrophalen Auswirkungen des (neo-)kapitalistischen bzw. neokolonialistischen Systems überall spürbar. Selbst wenn es oberflächlich gesehen so wirkt, ge-

nißt dieses System als solches bei den meisten Einwohner(Innen) dieser Länder keine Legitimität“ (Alexander 1997). Deswegen muß die Frage nach dem Wert, der Honorierung und Verteilung von Arbeit neu gestellt werden. Neue Regulierungen auf nationaler und internationaler Ebene müssen geschaffen und patriarchale sowie rassistische wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Frage gestellt werden. „Eine Anerkennung und ein Schutz aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten ist nur möglich, wenn Arbeit neu bewertet und ihre wesentlichen Bereiche in ein neues Verhältnis zueinander gesetzt werden.“ (Morgenrath 1996, 19)

Eine Unterstützung im Interesse der Armen kann nur durch die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, wie Frauenbewegungen, Gewerkschaften, sozialen Netzwerken und Graswurzelorganisationen erreicht werden. Die Erfahrungen und alternativen Modelle der lokalen Ebene müssen bekannt gemacht werden und sich vernetzen. Ihre Visionen und konkreten Utopien sind essentielle und erstzunehmende Schritte auf dem Weg zur Entwicklung und Verwirklichung von alternativen Modellen und Ansätzen.

Seit der internationalen UNESCO-Konferenz über „Bildung für Alle“ in Jomtien (Thailand 1990) haben sich die vorherrschenden Vorstellungen über Bildung und lebenslanges Lernen verändert und weiterentwickelt. Aktuelle Diskussionsansätze über Erwachsenenbildung und Entwicklung aus Lateinamerika greifen diese Ansätze auf, verbinden sie mit der sozialen und wirtschaftlichen Dynamik in dieser Region und entwickeln daraus neue Anforderungen an die Erwachsenenbildung. Auch wenn Untersuchungen ergeben haben, „daß die Erwachsenenbildung, gemessen an den unbefriedigten Bildungsbedürfnissen der Bevölkerung, in Lateinamerika quantitativ nur bescheidene Ergebnisse erzielt hat“, ist sie jedoch „in ihrer qualitativen Vielfalt sehr bedeutsam“ (Osorio V. 1994, 43). Jorge Osorio V. macht in Anlehnung an García Huidobro (1994) für den Bereich der Erwachsenenbildung zur Förderung gerade der ärmeren Bevölkerungsmehrheit drei Zielebenen deutlich: „In erster Linie zielt diese Erwachsenenbildung auf die Lösung alltäglicher und dringlicher Probleme des Überlebens, der wirtschaftlichen Möglichkeiten und der Lebensqualität der TeilnehmerInnen. Auf einer zweiten strategischen Ebene wird der Versuch unternommen, die unmittelbaren Aktionen mit einer mittel- und langfristigen Vision in Einklang zu bringen, welche die Veränderung der Gesellschaft zum Ziel hat. Auf einer dritten Ebene werden Initiativen entwickelt, in den breiten Bevölkerungsschichten sozial handelnde Personen auszubilden, die in der Lage sind, ihre modernen BürgerInnenrechte aktiv wahrzunehmen“ (Osorio V. 1994, 43). In Anlehnung an José Luis Corragio entwickelt er ein Profil für die Erwachsenenbildung, welches auf die Entwicklung

Lección Introductoria

Observemos, analicemos y platiquemos



educación

der breiten Bevölkerungsschichten zielt:

- Sie geht von den unmittelbaren Problemen aus,
- sie bildet die Fähigkeit zum gemeinschaftlichen Handeln aus,
- sie entwickelt das systematische Denken,
- sie lehrt neue Produktionstechniken,
- sie vermittelt Untersuchungs- und Informationsmethoden zur Anwendung in informellen und kleinen Wirtschaftskreisläufen,
- sie zieht aus einzelnen Erfahrungen gültige Verallgemeinerungen,
- sie bildet Schlüsselprobleme für den Prozeß der Entwicklung neuer Fertigkeiten des gemeinschaftlichen Lernens aus,
- sie sucht nach Formen der Institutionalisierung und Förderung von Innovationen,
- sie betreibt Absprachen und Vereinbarungen unter NGOs, um gemeinsam an der Verwirklichung örtlicher Entwicklung zu arbeiten“ (nach: Coraggio 1994).

Auf der Suche nach neuen Ansätzen in der Erwachsenenbildung entwirft Coraggio einen pragmatischen, wenn auch teilweise widersprüchlichen Ansatz. Seine Thesen können zentral für ein neues Profil einer in kommunale Entwicklung eingebetteten Erwachsenenbildung sein, müssen aber notwendigerweise um eine Analyse gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse ergänzt werden, von der Bildung nicht trennbar ist. Interessenszusammenschlüsse und die Organisation kollektiver Strategien erarbeiten Bildungskonzepte, die an den direkten Bedürfnissen der AdressatInnen ansetzen, ihr Lebensumfeld miteinbeziehen und auf Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinarbeiten, wie die Beispiele in diesem Artikel belegen. Diese Konzepte müssen aufgegriffen und ins Blickfeld der Bildungs- und Entwicklungszusammenarbeit gerückt werden. Die folgenden abschließenden Fragen dienen der Inspiration und Diskussion:

- Wie können wir einen neuen Begriff von Arbeit entwickeln, im Sinne einer Einbeziehung und entsprechenden Bewertung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit - inklusive der unbezahlten Haus- und Familienarbeit, mit dem Ziel, diese in Zukunft in volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen einzubeziehen?
- Mit welchen Utopien und Veränderungsvorstellungen sind kollektive Strategien verbunden und wie sollen sie umgesetzt werden?
- Wie können existierende Interessenszusammenschlüsse und kollektive Strategien ins Blickfeld der Entwicklungszusammenarbeit und Nord-Süd-Kooperation gerückt werden?
- Wie vernetzen sich Solidaritätsbezüge lokal und wie stellt sich eine Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene her?
- Wie läßt sich unsere Solidarität in vorhandene Netze integrieren und welche Forderungen ergeben sich daraus?

Literatur

Morgenrath, Birgit/Wik Ingabog Die südafrikanische Frauengewerkschaft SEWU. Arbeit im informellen Sektor. Afrika Süd Aktionsbündnis e.V. (Hrsg.). Bonn 1996.

Alexander, Neville: Die Vision einer anderen Welt bleibt. In: Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasios: Tarzan - was nun? - Internationale Solidarität im

Dschungel der Widersprüche, Hamburg 1997.

Baumann, Zygmunt: Schwache Staaten, Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft. In: Beck, Ulrich (Hrsg.). Kinder der Freiheit. Frankfurt 1997.

Blandón, Maria Teresa: Wirklicher Feminismus in Nicaragua. In: Küppers, Gabi (Hrsg.): Feministamente. Frauenbewegung in Lateinamerika. Wuppertal 1995.

BMZ: Sektor- und Sektorübergreifende Konzepte II. Bonn 1993.

Coraggio, José Luis: Desarrollo Humano, Economía Popular y Educación. Santiago: CEAAL 1993.

García Huidobro, J.E.: Los cambios en las concepciones actuales en la educación de adultos. In: UNESCO-UNICEF: La Educación de Adultos en América Latina ante el próximo siglo. Santiago 1994.

König, Claus-Dieter: Zivilgesellschaft und Demokratisierung in Nigeria. Münster/Hamburg 1994.

Mergner, Gottfried: Was lehrt uns die Armut über Solidarität? Der mühsame Weg zum differenzierenden Blick. In: Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasios: Tarzan - was nun? - Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Hamburg 1997.

Morgenrath, Birgit: Selbst ist die Frau. Die südafrikanische Frauengewerkschaft SEWU. In: Afrika süd. Zeitschrift zum südlichen Afrika. Heft 6. Bonn 1996.

Osoyo V., Jorge: Erwachsenenbildung und Entwicklungsanforderungen in Lateinamerika. In: Faulstich-Wieland, F. u.a.: Literatur und Forschungsreport Weiterbildung. Frankfurt Dezember 1995.

Rausch, Renate: Frauen und Sozialstruktur in Zentralamerika. In: Bendel, Petra (Hrsg.): Zentralamerika. Frieden - Demokratie - Entwicklung? Politische und wirtschaftliche Perspektiven in den 90er Jahren. Frankfurt a.M. 1993.

Roth, Roland: Spaß an der Politik versetzt Etablierte in Schrecken. In: Frankfurter Rundschau vom 20.10.1997.

Rucht, Dieter: Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. In: Forschungsjournal NSB. Heft 1/1995. Westdeutscher Verlag.

Vargas, Oscar René: Entre el laberinto y la esperanza. Nicaragua 1990 - 1994. Managua 1993.

Wichterich, Christa: Feministische Antworten auf Globalisierung und westliche Dominanz. In: Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasios: Tarzan - was nun? - Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Hamburg 1997.

Anmerkung:

Abbildungen aus: Colectivo de mujeres de Matagalpa (Hg.): Con nuestras propias palabras. Cartilla de alfabetización para mujeres. (Mit unseren eigenen Worten: Alphabetisierungsfibel für Frauen.) Matagalpa 1993.



Renate Schüssler, Jahrgang 1969, Grundschullehramtsexamen in Würzburg. Examensarbeit zu feministischer Volkserziehung in Nicaragua. studiert derzeit Interkulturelle Pädagogik in Oldenburg. Schwerpunkt Internationale Bildungsk Kooperation.



Claudia Iohrenscheit, Jahrgang 1970, Interkulturelle Pädagogin. Diplomarbeit zu Konzepten der Menschenrechtserziehung (Südafrika/BRD). Mitglied der AG ALIMA in der BDW zur Vorbereitung der UNESCO - Konferenz für Erwachsenenbildung 1997, derzeit beteiligt am Aufbau eines Zentrums für erziehungswissenschaftliche Studien im Nord-Süd-Verbund an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.